

Kündigung der gebührenpflichtigen Biotonne Plus

ACHTUNG:

Die Kündigung darf nur vom Grundstückseigentümer vorgenommen werden!

Die Kündigung der Zusatzoption „Biotonne Plus“ ist nur bis zum 31.10. jeden Jahres möglich. Sollte bis zu diesem Termin keine Kündigung vorliegen, verlängert sich diese und Sie bekommen die neue Vignette fürs Folgejahr automatisch zugeschickt. Die Gebühren für die „Biotonne Plus“ in Höhe von 20,- Euro pro Kalenderjahr werden ebenfalls automatisch erhoben.

Die Kündigung vor dem 31.10. entbindet Sie im laufenden Kalenderjahr nicht von der Zahlung der Gebühren für die „Biotonne Plus“. Eine Verrechnung oder Rückzahlung erfolgt nicht. Desweiteren bleibt der bisherige Bioabfallbehälter stehen und wird durch die Kündigung der Zusatzoption nicht ausgetauscht.

Wenn Sie die „Biotonne Plus“ kündigen, dürfen Sie gebündelten Baum- und Strauchschnitt nach Ablauf des Kalenderjahres nicht mehr zur Abfuhr neben dem Bioabfallbehälter bereitstellen.

Bitte bei der Eintragung des Grundstückseigentümers den Namen und Vornamen angeben, der auch im Grundbuch als Eigentümer eingetragen ist.

Betreffendes Grundstück für die Biotonne Plus:

Kassenzeichen: 60. _____

Sofern das Kassenzeichen unbekannt ist:

Straße/Hausnummer: _____

Ort: _____

Eigentümerangaben:

Name/Vorname:
Str./Hausnr.:
PLZ/Ort:

Für mein obiges Grundstück bitte ich um Kündigung der Biotonne Plus.

Ich bestätige die Richtigkeit der vorstehenden Angaben und die vorstehenden Informationen zur Kenntnis genommen zu haben:

Ort, Datum:	Unterschrift des Eigentümers:
-------------	-------------------------------

Diese Mitteilung schicken Sie bitte vollständig ausgefüllt per Post, per Fax (05351/121-2607) oder eingescannt mit Unterschrift als E-Mail (biotonneplus@landkreis-helmstedt.de) an den Geschäftsbereich Abfallwirtschaft, Wasser und Umweltschutz des Landkreises Helmstedt, Charlotte-von-Veltheim-Weg 5, 38350 Helmstedt.

Bei Fragen wenden Sie sich an die oben genannte E-Mail-Adresse oder an 05351/121-2513.

Informationen über die Erhebung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 EU-DSGVO

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und ggf. seines Vertreters

Landkreis Helmstedt
Herr Landrat Gerhard Radeck
Südertor 6
38350 Helmstedt
Tel.: +49 5351 121-0
Fax: +49 5351 121-1600
E-Mail: kreisverwaltung@landkreis-helmstedt.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Behördlicher Datenschutzbeauftragter des Landkreises Helmstedt
Landkreis Helmstedt
Südertor 6
38350 Helmstedt
Tel.: +49 441 9714-159
Fax: +49 441 9714-17159
E-Mail: datenschutzbeauftragter@landkreis-helmstedt.de

Zwecke und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Abfallgebührenveranlagung und -abrechnung
KrWG, NABfG, Abfallentsorgungs- und Abfallgebührensatzung

Empfänger / Kategorien der Empfänger der personenbezogenen Daten gemäß Artikel 4 Nr. 9 EU-DSGVO

Beauftragter Entsorger
Druckereien für Jahresbescheiddruck und Vignettendruck

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer

Dauerhafte Speicherung bis zur Änderung maßgeblicher Veranlagungskriterien
(Eigentumsverhältnisse, Abgabepflichtige, Behälterbestand, Abfallüberlassung,
Bankverbindung)
Speicherung der Bescheide für mindestens 7 Jahre (KomHKVO) als Beleg der Buchhaltung zur
Abrechnung mit den Gebührenzahlern

Hinweise für die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Wenn die Verarbeitung auf einer Einwilligung beruht, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen.

In Niedersachsen ist die zuständige Aufsichtsbehörde

Die/Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
Niedersachsen Prinzenstraße 5
30159 Hannover
Telefon: +49 511 1204500
Telefax: +49 511 1204599
E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de